

01) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 9. bis 15. August

16. 08. 2021



Bildquelle: Demokracija

Ungarn

- Am 7. August trat ein Erlass in Kraft, der die Einreisebedingungen für Ungarn aus gesundheitlicher Sicht lockert, da nun ein einfacher negativer PCR-Test für die Einreise erforderlich ist. Außereuropäische Gesundheitspässe (u. a. aus OECD- und NATO-Ländern, Russland, den Emiraten, Bahrain, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgisistan, Usbekistan und der Türkei) werden jetzt in Ungarn anerkannt.
- Laut einer aktuellen Umfrage des Századvég-Instituts für die Tageszeitung Népszava sind 42 % der Ungarn der Meinung, dass die Gefahr von LGBT-Propaganda in Schulen besteht, während 27 % der Oppositionswähler die Position der Regierung beim Referendum über das Kinderschutzgesetz unterstützen wollen. In diesem Fall sind die Ungarn mit überwältigender Mehrheit gegen LGBT-Propaganda in der Presse, die sich an Kinder richtet (88 %), sowie gegen die Idee, Minderjährigen den Zugang zu geschlechtsangleichenden Operationen zu ermöglichen (91 %).
- Die Weltraumbeauftragte des ungarischen Außenministeriums, Orsolya Ferencz, kündigte am Donnerstag, den 12. August, an, dass der zweite ungarische Kosmonaut noch vor 2025, d. h. innerhalb der nächsten vier Jahre, zur Internationalen Raumstation reisen wird. Der erste Ungar, der an einer Weltraummission teilnahm, war der ungarische Luftwaffenpilot Bertalan Farkas im Jahr 1980 bei den Missionen Sojus 36 und Sojus 35. Damals verbrachte er etwa acht Tage an Bord der Raumstation Saljut 6. Seine damalige Mission hat noch heute Auswirkungen, denn, wie Orsolya Ferencz sich erinnert: „Dank der Mission von Bertalan Farkas steht Ungarn noch immer an der Spitze der Strahlungsmessung. Derzeit befindet sich das

ungarische Strahlungsmesssystem noch auf der Raumstation und ist ständig in Betrieb.

Polen

- Mehrere Tausend Menschen demonstrierten am Samstag, den 7. August, in der oberschlesischen Metropole Kattowitz gegen die Impfpflicht und die Ausgrenzung von Einwohnern. Bislang haben die polnischen Behörden keine Schritte in diese Richtung unternommen, aber Äußerungen des Gesundheitsministers Adam Niedzielski und vor allem des stellvertretenden Ministerpräsidenten und PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński deuten darauf hin, dass sich auch Polen in diese Richtung bewegen könnte.
- Die jüngsten Wendungen in der politischen Krise in Weißrussland, die Polen dazu veranlassten, einer Sprinterin aus dem Nachbarland politisches Asyl zu gewähren, die zu Unrecht ihre Trainer offen kritisiert hatte, standen kurz vor der Verhängung von Sanktionen, trugen nicht gerade zur Verbesserung der Stimmung zwischen Weißrussland und seinen westlichen Nachbarn bei. Der Bürgermeister von Minsk, Wladimir Kucharew – ein enger Vertrauter von Präsident Lukaschenko – rief die Supermärkte und Einkaufszentren der Hauptstadt auf, Produkte aus Ländern, die Sanktionen gegen das Land verhängt haben, insbesondere aus Polen, Litauen und der Ukraine, aus ihren „besten Regalen“ zu entfernen. „Verschiedene Länder haben Sanktionen gegen uns verhängt – die Ukraine, Litauen, Polen – und ihre Produkte (Süßigkeiten, Tees, Kekse, Gebäck) stehen in den Geschäften in den besten Regalen! Wir sagen es unverblümt: Entweder ändert sich die Situation oder wir handeln. Meiner Meinung nach sollte eine solche Entscheidung auf der Ebene des gesamten Landes getroffen werden“, sagte er.
- Polens ehemaliger liberaler Premierminister Donald Tusk, der die Führung der oppositionellen Bürgerplattform (PO) übernommen hat, forderte am 6. August, dass christliche Kreuze aus Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden entfernt werden, wo sie in den 1990er Jahren nach dem Fall des kommunistischen Regimes angebracht worden waren. „Öffentliche Orte, sei es der Sejm oder eine Schule, sollten frei von religiöser Symbolik sein [...] Ich möchte, dass Kirchen, nicht öffentliche Ämter oder Schulen, der Ort sind, an dem sich die Gläubigen treffen und beten können“, sagte er. Bildungsminister Przemysław Czarnek (PiS) reagierte scharf auf diese provokativen Äußerungen in einem Land, das sehr an seinen katholischen Traditionen hängt – 90 % der Polen sind katholisch -: „Wir haben in Polen Religionsfreiheit, und es sind die Eltern und die Schulleitung, die darüber entscheiden, ob es in der Schule religiöse Symbole gibt [...] in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der polnischen Gerichte [...] Wir haben Freiheit, nicht die Diktatur der Linken und des Atheismus wie im Westen“.
- Eine neue Wendung in den schwierigen Beziehungen innerhalb der Regierungskoalition der so genannten „vereinigten“ Rechten. Am Dienstag, den 10. August, verkündete Regierungssprecher Piotr Müller die Entlassung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Jarosław Gowin, der auch Vorsitzender der Partei Porozumienie ist, einem Verbündeten der PiS, ... aufgrund ernsthafter Meinungsverschiedenheiten über die Umsetzung des Programms der polnischen Neuordnung.
- Auf einer Pressekonferenz am 9. August, ein Jahr nach seiner Wiederwahl, rief der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen seinem Land und Polen auf, mit dem nach seinen Worten ein „inoffizieller Dialog [...] auf verschiedenen Ebenen“ fortgesetzt wird. „Wir können sehen, dass die polnischen Behörden verstehen, in welchem Sumpf sie stecken, und

wir sitzen mit ihnen da [...] Warum sollten wir mit [polnischen] Unternehmen oder mit den Polen kämpfen? Warum sollten wir? Sie sind normale Menschen, mit denen man zusammenleben kann.“

- Der Sejm hat am Mittwoch, den 11. August, in erster Lesung das so genannte „Lex-TVN“-Gesetz verabschiedet, das vorsieht, dass in Polen sendende Radio- und Fernsehsender nicht mehrheitlich von Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union kontrolliert werden dürfen.
- Eine große Persönlichkeit der polnischen Kirche, der ehemalige Erzbischof von Warschau-Praga (2008–2017) und besondere apostolische Besucher in Medjugorje, Henryk Hoser, ist am Freitag, den 13. August, in Warschau gestorben, wo er 1942 geboren wurde.
- In einem am 8. August von der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy veröffentlichten Interview äußerte sich der deutsche Kardinal Gerhard Müller, ehemaliger Präfekt der Glaubenskongregation, zur Verurteilung von Pater Dariusz Oko wegen eines Artikels in der Zeitschrift Theologisches über die Schwulenmafia innerhalb der katholischen Kirche: „Als Deutscher schäme ich mich, dass es in meinem Heimatland wieder möglich ist, einen polnischen Wissenschaftler wegen sogenannter Volksverhetzung anzuklagen und zu verurteilen, weil er Fakten aufgedeckt hat. Im Zusammenhang mit dem, was einem polnischen Wissenschaftler aus Krakau widerfahren ist, sollten bei Geschichtsinteressierten sofort die Alarmglocken läuten.“
- Am Dienstag, den 10. August, ernannte US-Präsident Joe Biden Mark Brzeziński zum neuen US-Botschafter in Polen. Diese Nominierung muss noch vom Senat formell bestätigt werden. Mark Brzeziński ist der Sohn des polnisch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Zbigniew Brzeziński, der in den 1970er Jahren als nationaler Sicherheitsberater der USA unter Jimmy Carter tätig war, sowie der Enkel des aus Galizien stammenden polnischen Diplomaten Tadeusz Brzeziński, der nacheinander polnischer Konsul in Lille, Leipzig, Charkow und dann in Montreal war, wo er sich nach 1945 niederließ, als Polen unter sowjetischer Besatzung stand. Mark Brzeziński arbeitete zuvor in der Regierung von Präsident Obama, war US-Botschafter in Schweden (2011–2015) und wurde 2009 mit dem Verdienstorden der Republik Polen ausgezeichnet.

Slowakei

- Die slowakischen Gesundheitsbehörden haben am Mittwoch, den 11. August, beschlossen, die Maßnahmen zur Virusbekämpfung auf regionaler Ebene anzupassen und – zumindest bis auf weiteres – keine pauschalen Maßnahmen für das ganze Land mehr zu ergreifen.

Tschechische Republik

- Die tschechischen Abgeordneten haben am Montag, den 9. August, einen von der Abgeordneten Karla Šlechtová (ANO) eingebrachten Gesetzentwurf abgelehnt, der es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglichen würde, Kinder zu bekommen. „Wenn dies genehmigt worden wäre, hätte es einen schweren Präzedenzfall für andere Bereiche geschaffen“, kommentierte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten Marian Jurečka (KDU-ČSL, Opposition). Da die Meinungen in dieser Frage sehr geteilt waren, hatten die wichtigsten Fraktionen des Parlaments – einschließlich der Partei ANO von Ministerpräsident Andrej Babiš – keine Abstimmungsanweisungen erteilt.

Lettland

- In letzter Zeit wurde viel über die Migrationskrise an der litauisch-weißrussischen Grenze gesprochen, wo seit einigen Monaten ein massiver Zustrom von Migranten aus dem Nahen Osten zu verzeichnen ist. Diese Situation betrifft jedoch auch das benachbarte Lettland, das ebenfalls eine Grenze mit Weißrussland hat. Zwischen dem 6. und 8. August überquerten 349 illegale Migranten (hauptsächlich Iraker und Afghanen) illegal die lettische Grenze aus Weißrussland. Daraufhin beschloss die lettische Regierung am Montag, den 10. August, den Ausnahmezustand an der weißrussischen Grenze auszurufen, wie Innenministerin Maria Golubieva auf Twitter bekannt gab. Diese Maßnahme ermöglicht es der lettischen Armee, die Grenzschutzbeamten zu verstärken.

Litauen

- Das litauische Parlament billigte am Mittwoch, den 11. August, den Bau eines Grenzzauns zu Weißrussland – 550 km Stacheldraht, dessen Kosten auf 150 Millionen Euro geschätzt werden – um der aktuellen Migrationskrise zu begegnen, da die weißrussische Regierung die Ankunft von Migranten aus dem Nahen Osten an der Grenze zwischen den beiden Ländern organisiert oder zumindest erleichtert, indem sie sich nicht dagegen wehrt. „Die gemeinsame Grenze mit Weißrussland muss so schnell wie möglich gefestigt und glaubwürdig gemacht werden“, sagte die litauische Innenministerin Agne Bilotaite. Der Zaun, der dem von Ungarn vor einigen Jahren an seiner Südgrenze errichteten Zaun ähnelt, soll in einigen Monaten fertig gestellt sein.
- Eine Protestdemonstration gegen den Gesundheitspass ist am Dienstag (10.) in Vilnius, der Hauptstadt Litauens, in einen Aufruhr ausgeartet.

Slowenien

- 15.8. Am Fest Mariä Himmelfahrt wird das Nationalheiligtum Unserer Lieben Frau von der Hilfe der Christen in Bezje heute von vielen Pilgern besucht. Aufgrund der epidemiologischen Situation nahmen sie am Hauptgottesdienst in geringerer Zahl teil, kamen aber den ganzen Tag über. Während des Hauptgottesdienstes wandte sich Metropolit Stanislav Zore, Erzbischof von Ljubljana, an sie und rief sie auf, sich impfen zu lassen. In seiner Predigt hob Zore die Metapher des Drachens hervor, der seine ganze Macht gegen die Kirche Christi in ihren Anfängen und in allen Epochen ihrer Geschichte gerichtet hat. „Auch in unserer Zeit bleibt die Kirche nicht von Widerständen und Versuchen verschont, ihr all das zu entreißen, was sie in dieser Welt durch ihr Handeln lebendig macht“, sagte er. Er erklärte, dass der Drache heute anders ist. Er hat sein Auftreten angepasst: „Er zeigt sich uns in ganz unterschiedlichen Farben und versucht, uns durch seine Buntheit zu überzeugen, dass er wohlwollend ist. Er will harmlos erscheinen, damit wir ihn in unsere Nähe lassen. Er hat auch sein Verhalten geändert. Er hat zerstört, gefoltert, ins Exil geschickt und gemordet. Seine Handlungen waren sichtbar, er war leicht zu erkennen“. Heute verwendet der Drache andere Taktiken. „Er arbeitet hart daran, den Menschen eine bestimmte Denkweise aufzuzwingen, sie von der Gültigkeit bestimmter Vorstellungen zu überzeugen, indem er alles, was nicht der Arbeitsweise des Drachens entspricht, als Rückständigkeit, als Intoleranz, als Hassrede abstempelt“, so Zore.
- 14.8. Heute erklärte der NSi-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Matej Tonin, dass die NSi der Ansicht ist, dass die PCT-Bedingung so weit wie möglich verbreitet sein sollte. Wenn dies nicht der Fall ist, wird es zu verschiedenen

Ausnahmen kommen und zu Verwirrung und Unzufriedenheit führen, sagte er. Somit würde die PCT-Bedingung für alle Systeme oder alle Arbeitnehmer eingeführt werden. In einer Erklärung vor den Medien am Rande der Eröffnung des Strategischen Jugendforums in Maribor brachte Tonin seinen Wunsch zum Ausdruck, dass Slowenien im Herbst offen bleibt. „Deshalb ist die Impfung die einzige wirkliche Lösung. Für alle, die Vorbehalte haben, gibt es noch Tests“, sagte er. Wenn wir uns ausreichend impfen lassen, können wir seiner Meinung nach im Herbst eine normale Lebensweise aufrechterhalten.

- 14.8. SAF-Mitglieder gewannen den Wettbewerb der besten Scharfschützen, der heute in Deutschland nach sieben extrem harten Tagen zu Ende ging. Das Siegerteam Lynx 01 erzielte 2237 Punkte. Der siebentägige Wettbewerb um die besten Scharfschützen Deutschlands ist zu Ende gegangen, und die SAF-Mitglieder haben nach einem harten Wettkampf gewonnen. Bei dem Wettbewerb wurden die Disziplinen Treffsicherheit, Körperkraft, Landnavigation, medizinische Simulation und Ausdauer getestet. Das Siegerteam Lynx 01 gewann den Wettbewerb in einem Feld von 27 Teams aus 14 Ländern, wobei die Türken den zweiten und Lettland den dritten Platz belegten. Die slowenischen Streitkräfte werden am Montag bei einem Treffen mit Journalisten mehr über den Wettbewerb und die bemerkenswerte Leistung berichten.
- 12.8. Luka Dončić, einer der besten Basketballspieler der Welt, der die slowenische Nationalmannschaft bei den Olympischen Spielen in Tokio auf einen sehr guten vierten Platz geführt hat, hat den größten Vertrag in der Geschichte des slowenischen Sports unterzeichnet! Er hat sich bereit erklärt, fünf Jahre lang für die Dallas Mavericks zu spielen, für insgesamt 207 Millionen Dollar. Um genau zu sein, bleiben ihm nach Abzug aller Steuern etwa 125 Millionen Dollar. Der Vertrag wurde von einer Delegation aus Dallas unter der Leitung von Mark Cuban, Eigentümer und Präsident der Dallas Mavericks, nach Ljubljana gebracht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Polen: Offener Krieg zwischen dem Präsidenten des Rechnungshofs und der Regierung Morawiecki

15. 08. 2021



Marian Banaś · Foto: Adrian Grycuk & Wikimedia CC BY-SA 3.0 PL

Der Konflikt zwischen dem Präsidenten des polnischen Rechnungshofs (*Najwyższa Izba Kontroli*, NIK) und der Regierung Morawiecki eskaliert mit dem Antrag des Justizministers (der gleichzeitig Generalstaatsanwalt ist) auf Aufhebung der Immunität von Marian Banaś. „Dies ist eine sehr schwierige Situation für unsere Seite“, räumte der PiS-Abgeordnete Ryszard Czarnecki Ende Juli ein. „Marian Banaś war einer von uns, er hatte wichtige Positionen in der Verwaltung inne. Dieser Konflikt ist für uns nicht hilfreich“. Um die Aufhebung der Immunität des NIK-Präsidenten zu erreichen, ist eine absolute Mehrheit im Sejm, sprich 231 Stimmen, erforderlich. Die PiS-Fraktion, zu der Abgeordnete der PiS und der drei anderen kleinen Parteien der Koalition der Vereinigten Rechten gehören, verfügt über 232 Sitze, allerdings ist es nicht klar, ob sie bei dieser Abstimmung auf die Unterstützung aller ihrer Koalitionsmitglieder zählen kann. Die Opposition wird mit überwältigender Mehrheit gegen die Aufhebung der Immunität stimmen, denn, wie die konservative Wochenzeitung *Do Rzeczy* in ihrer Ausgabe vom 19. Juli feststellte, ist Banaś im Moment der wirksamste Oppositionelle. Donald Tusk, der Vorsitzende der Bürgerplattform (PO), bezeichnet den NIK-Präsidenten sogar als reuigen Zeugen, der politischen Schutz brauche.

Staatssekretär im Finanzministerium während der PiS-Regierungen 2005–2007 und 2015–19, Direktor des Zolls, Direktor der neuen nationalen Steuerverwaltung (*Krajowa Administracja Skarbowa*, KAS) von 2017 bis 2019, an deren Spitze er erfolgreich die

Vereinheitlichung der Steuer- und Zolldienste leitete, was zu einer erheblichen Verbesserung der Steuererhebungsquote beitrug, war Marian Banaś – der in seiner Freizeit auch den schwarzen Gürtel trägt und Karatetrainer ist – 2019 für einige Monate Finanzminister, bevor er im selben Jahr zum Leiter des Nationalen Rechnungshofs (NIK) ernannt wurde.

Kurz nach seiner Ernennung an der Spitze des NIK geriet er ins Visier der Zentralen Antikorruptionsbehörde (CBA), die gegen seine Vermögenserklärungen ermittelte. Er weigerte sich, den Rücktrittsforderungen aus seinem eigenen Lager nachzugeben, indem er seine Unschuld beteuerte und die Ermittlungen als politisch motiviert bezeichnete. Seitdem hat der von ihm geleitete NIK die Zahl der Prüfungen und Berichte vermehrt, in denen die Politik der Regierung Morawiecki scharf kritisiert wird.

Im Mai 2021 veröffentlichte der Rechnungshof einen Bericht, der auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde und in dem er die Rechtswidrigkeit bestimmter Entscheidungen, u. a. von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, hervorhob, wonach die Präsidentschaftswahlen im Mai 2020 ausschließlich per Briefwahl abgehalten werden sollten – diese Wahlen wurden schließlich verschoben und auf herkömmliche Weise abgehalten. Dabei stellte er die Rechtmäßigkeit der zu diesem Zweck getätigten Haushaltsausgaben in Frage, die auf 70 Millionen Zloty (ca. 15 Millionen Euro) geschätzt werden.

Am Mittwoch, den 4. August, stellte der Rechnungshof auf einer Pressekonferenz seinen neuen Bericht über den „Justizfonds“ vor, der normalerweise für die Entschädigung der Opfer von Straftaten bestimmt ist. Der NIK berichtete über zahlreiche Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung der für diesen Fonds bereitgestellten Mittel und forderte das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA) auf, „insbesondere die aufgedeckten Mechanismen [zu kontrollieren], die zu Korruption führen“. Der Berichtsentwurf des NIK wurde von Justizminister Zbigniew Ziobro ausführlich beantwortet, der den gesamten NIK-Bericht in einem 100-seitigen Dokument zurückwies. Der NIK wies seinerseits alle Vorbehalte des Ministers zurück, der als Generalstaatsanwalt hinter dem Antrag auf Aufhebung der Immunität des Präsidenten des NIK stand.

Gleichzeitig ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung gegen Marian Banaś' Sohn, der am 23. Juli bei seiner Rückkehr aus dem Urlaub am Flughafen im Beisein seiner Familie kurzzeitig festgenommen wurde, bevor ihm die Anklagepunkte vorgelegt wurden und er anschließend wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

In einem Interview mit dem Fernsehsender TVN24 nach seiner Freilassung erklärte Jakub Banaś, der auch Marian Banaś' „sozialer Berater“ beim NIK ist, dass die Ernennung seines Vaters an der Spitze des polnischen Rechnungshofs eine persönliche Entscheidung von PiS-Chef Jarosław Kaczyński gegen den Rat von Justizminister Zbigniew Ziobro und Innenminister Mariusz Kamiński gewesen sei.

Als Reaktion auf die Verhaftung seines Sohnes und die Anklage gegen letzteren versicherte Marian Banaś, dass dies keine Auswirkungen auf die Arbeit des NIK haben werde, und wies darauf hin, dass die Verhaftung einen Tag nach der Vorlage des ebenfalls kritischen Berichts des Rechnungshofs über die Ausführung des Haushaltsplans 2020 erfolgte.

Marian Banaś und der NIK sind auch auf Twitter sehr aktiv, und zwar mit Nachrichten, die manchmal erstaunlich politisch sind und denen einer Oppositionspartei sehr ähneln. Anfang

Juli organisierte die Institution, deren einziges Ziel normalerweise die Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung öffentlicher Mittel ist, sogar eine Konferenz zum Thema

„Transparenz der öffentlichen Finanzen als Grundlage für den Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Pandemie“, auf der die Regierung Morawiecki erneut gehörig abgekanzelt wurde – insbesondere für ihre Neigung, Sonderfonds zu schaffen, um einen Teil des Haushaltsdefizits zu verbergen.

Ist nun dieser Präsident des polnischen Rechnungshofs also unbestechlich oder eine Fehlbesetzung? Wenn die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wegen betrügerischer Vermögenserklärungen erfunden waren, fragt man sich, welches Interesse die PiS daran hatte, ein Verfahren gegen den Mann anzustreben, den sie gerade an der Spitze dieser Institution ernannt hatte, noch bevor dieser Mann Zeit hatte, seine übermäßige Unabhängigkeit zu beweisen. Sollte es sich hingegen um einen großen Besetzungsfehler handeln, so wäre dies nicht das erste Mal, daß dies bei Jarosław Kaczyński vorkommt, der sogar irgendwie als ein Fachmann auf diesem Gebiet gilt.

Der NIK-Präsident wird vom Sejm für sechs Jahre ernannt und kann vor Ablauf seiner Amtszeit nicht abberufen werden. Die Institution hat in diesem Jahr noch einen vollen Terminkalender mit Kontrollen zu bewältigen. Marian Banaś hat angekündigt, dass er ein Buch mit Hintergrundinformationen aus seiner Zeit in den PiS-Regierungen 2005–2007 und 2015–2019 schreiben wird. Das könnte heiß werden!



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der INTERNATIONALEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Polen: Parlament verabschiedet Mediengesetz, das nicht-europäischen Einfluss eindämmt

12. 08. 2021



Paweł Kukiz · Foto: PAP / Krzysztof Świdorski

Das polnische Parlament hat am Mittwoch, den 11. August, ein umstrittenes Mediengesetz – die sogenannte „lex TVN“ – verabschiedet, das nach Ansicht der Opposition die Pressefreiheit bedroht und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten beeinträchtigen könnte. Seine Verabschiedung ist ein Erfolg für die konservative Regierung, der jedoch durch das Scheitern anderer Abstimmungen, die die Regierungsmehrheit schwächen, relativiert wird.

Das Gesetz, das bereits von Washington kritisiert wurde, würde es polnischen Medien verbieten, einen nicht-europäischen Mehrheitseigentümer zu haben. Insbesondere könnte es den amerikanischen Konzern Discovery dazu zwingen, den größten Teil seiner Beteiligung an dem privaten polnischen Fernsehsender TVN zu verkaufen, der der konservativen Regierung oft kritisch gegenübersteht.

Der Text ist ein wichtiges Gesetz für die populistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und ihren Vorsitzenden Jarosław Kaczyński. Kaczyński argumentiert seit langem, dass Medien in den Händen ausländischer Eigentümer die öffentliche Debatte verzerren und nicht den polnischen Interessen dienen. Die Gegner des Gesetzes sehen in Kaczyńskis Vorgehen jedoch einen Versuch, Kritiker zum Schweigen zu bringen.

Paweł Kukiz über die Lex TVN: „Eine solche Gelegenheit wird sich vielleicht nie wieder bieten“

Paweł Kukiz, der Vorsitzende der Partei K'15, hat seine Unterstützung für das Mediengesetz angekündigt.

„Es ist für uns inakzeptabel, dass ein Land außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums eine Mehrheitsbeteiligung an polnischen Medien halten kann“ – schrieb der Politiker auf Facebook.

Gleichzeitig wies Kukiz darauf hin, dass etwa in Frankreich der maximale Anteil an ausländischem Kapital 20 Prozent beträgt. „Und niemand behauptet dort, dass die Demokratie im Sterben liegt“. „In Polen hingegen können die Amerikaner 100 Prozent besitzen und sie jederzeit nach eigenem Ermessen an jeden weiterverkaufen,“ argumentierte er.

Quelle: [Do Rzeczy](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Zeit, über Huxit zu sprechen

Von Tamás Fricz

15. 08. 2021



Bildquelle: Pixabay

Ich weiß, dass es ein Tabu ist, aber jemand muss das Wort aufschreiben, und zwar zum ersten Mal nicht unbedingt zur Abschreckung: huxit – Ungarns freiwilliger, souveräner

Austritt aus der EU (wie der Brexit). Ist ein Huxit wirklich notwendig, insbesondere nach der beispiellosen und beispiellos koordinierten Serie von Angriffen auf das ungarische Kinderschutzgesetz durch die EU und den Westen?

Das ist nicht das, was ich sage. Ich will damit sagen, dass es im Juli 2021 an der Zeit ist, ernsthaft über einen möglichen Austritt aus einem Staatenbündnis nachzudenken, das aus tausend Wunden blutet, Anzeichen eines Imperiums aufweist und die Mitgliedstaaten Ost- und Mitteleuropas mit spektakulärer Herablassung und Arroganz behandelt. Denn wir haben die Trennungslinie erreicht: Die globalistische Finanzelite und die von ihr kontrollierten EU-Institutionen – die Kommission, das Parlament, der Gerichtshof und in gewissem Maße auch der Europäische Rat – sind fest entschlossen, uns eine Lektion zu erteilen. Und nicht nur das: um uns zu bestrafen. Aber mehr als das: uns unmöglich zu machen, wenn wir nicht die Schritte unternehmen, die sie vorschreiben. Und das ultimative Instrument ist natürlich die Behebung von Geld. Das ist es, was eine der Vizepräsidentinnen der Kommission, Katarina Barley, sagte (natürlich an der Seite von George Soros und seinen Anhängern), nämlich, dass abtrünnige Länder wie Ungarn und Polen ausgehungert werden sollten, indem man ihnen die finanzielle Unterstützung entzieht.

Und in der Tat, die Hälfte davon ist kein Witz.

Was spricht für und was gegen einen Verbleib im Land? Ich denke, es lohnt sich, dies unter politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Gesichtspunkten zu untersuchen. Aus politischer Sicht spricht für den Verbleib in der EU, dass die Mitgliedschaft in der EU jedem ungarischen Bürger das gute Gefühl geben kann, Teil eines entwickelten, demokratischen Westens zu sein, der auf einem Bündnis freier Nationen basiert, was wir immer gewollt haben und was wir nach vierzig Jahren Kommunismus endlich erreicht haben. Und die Zugehörigkeit zu einer der fortschrittlichsten Gemeinschaften der Welt ist eine besondere Erfahrung, auf die man nach fünfzehn Jahren nur aus sehr starken und zwingenden Gründen verzichten kann.

Die Frage ist: Gibt es im Moment einen so starken und zwingenden Grund?

Meine Antwort: Ja. Es ist die Tatsache, dass sich die Prioritäten in dem begehrten Staatenbündnis radikal verändert haben und die globalistisch-liberalen Eliten die Union in etwas ganz anderes verwandeln wollen, als sie es bisher war. Und genau das ist jetzt der Fall: Wir sind in eine Gemeinschaft freier, souveräner Länder eingetreten – zumindest stellen wir uns das vor -, aber der Aufbau eines imperialen Europas, einer superföderalen Vereinigten Staaten von Europa, die den Nationalstaaten untergeordnet sind, ist vor unseren Augen in vollem Gange. Unser wichtigstes Ziel und unser größter Wunsch war es, nach der Herrschaft der Sowjetunion eine souveräne und unabhängige Nation zu werden. Dies wird nun grundlegend in Frage gestellt. Wenn sie uns wieder vorschreiben wollen, was wir zu tun haben und wie wir es zu tun haben, dann wird unsere Mitgliedschaft in der EU bedeutungslos sein.

Darüber hinaus hat gerade eine einjährige Reihe von Konferenzen und Debatten über die Zukunft der Union begonnen, und es ist von Anfang an klar, dass die Mainstream-Kreise die Verwirklichung dieses Ziels in den Mittelpunkt der Debatte stellen, ganz zu schweigen von den schockierenden eingebauten Garantien, dass die EU-Institutionen, die die Debatte leiten, die Debatte moderieren und Meinungen, die aus ihrer Sicht nicht politisch korrekt sind, einfach ignorieren können. Es ist ein beunruhigendes und deutliches Signal, dass einer der Leiter des Gremiums, das die Debatte leitet, Guy Verhofstadt ist, ein überzeugter, blinder Globalist, der die Regierung Orbán hasst, ganz zu schweigen von der Tatsache,

dass die so genannte Spinelli-Gruppe (benannt nach einem italienischen kommunistischen Politiker aus der Walachei, der den schwarzen Gürtel trug) im Zusammenhang mit der Debatte gegründet wurde, mit dem Ziel, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen.

Natürlich sollten wir uns mit aller Kraft an der Debatte beteiligen, aber wenn das Ergebnis für uns unannehmbar ist, kann es nicht im Interesse Ungarns sein, sich erneut den imperialen und globalistischen Ambitionen zu unterwerfen. Aus wirtschaftlicher Sicht spricht für einen Verbleib, dass wir Zugang zu spezifischen Mitteln aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten haben, die sich derzeit auf 2 500 Milliarden Euro für den Wiederaufbau belaufen. (Das ist es, was sie uns wegnehmen wollen – vorerst nur das.) Experten haben jedoch schon hundertmal geschrieben und gesagt, von Imre Boros über Károly Lóránt und Csaba Lentner bis hin zu Magdalena Csath, dass Ungarn mit seinem Beitritt die merkantilistische Wirtschaftspolitik, den Zollschatz und den Schutz der ungarischen Unternehmen aufgegeben hat; wir haben den Markt geöffnet, und so haben eine nach der anderen westliche Unternehmen, die viel stärker sind als unsere eigenen, EU-Ausschreibungen gewonnen und den Großteil der Gewinne in ihr eigenes Land zurückgebracht. Vergessen wir auch nicht, dass die westeuropäischen Länder nach dem Krieg durch den Marshallplan der USA enorme Hilfe erhielten, um ihre Wirtschaft wieder anzukurbeln. In den 1970er und 1980er Jahren befanden sich die beigetretenen Länder – Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Dänemark – noch in einer wohlhabenden Union, aber als wir 2004 zusammen mit neun anderen Staaten beitraten, war Europa wirtschaftlich nicht mehr in so guter Verfassung, und die Hilfsmittel reichten bei weitem nicht an die früheren Jahrzehnte heran.

Eines der härtesten Argumente – abgesehen von den oben genannten – ist wahrscheinlich, dass sich westliche Unternehmen von uns abwenden würden, wenn wir die EU verlassen, und dass unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der EU und den Mitgliedstaaten, insbesondere mit dem deutschen Giganten, erodieren würden. Und es würde der Moment kommen, an dem die großen Drei, Audi, BMW und Mercedes, ihre Fabriken hier schließen würden. Das klingt schrecklich, aber ist es auch wahr? Würde unsere wirtschaftliche Situation wirklich unmöglich werden und müssten wir uns selbst versorgen, was unmöglich ist?

Das glaube ich nicht. Einerseits sind deutsche – und britische, niederländische, französische usw. – Unternehmen (ganz zu schweigen von denen in Übersee) gewinnorientiert, und wenn sie in Ungarn Kosten sparen, werden sie nicht gegen ihre eigenen Interessen handeln. Ist es nicht genau das, was Westeuropa jetzt tut, indem es Handelsbeziehungen mit den verhassten Chinesen und Russen unterhält (siehe zum Beispiel Nord Stream 2)? Vielleicht ist Ungarn im Vergleich dazu ein bewährter und vertrauter Ort für sie, EU-Mitgliedschaft hin oder her; westliche Unternehmen wissen genau, was sie erwartet, wenn sie zu uns kommen oder hier bleiben, und unsere Vorhersehbarkeit ist ein großer Vorteil und eine Tugend.

Auf der anderen Seite muss das Land natürlich auf mehr Beine gestellt werden, das haben wir seit einigen Jahren erkannt und handeln entsprechend. Wir können dies kurz anhand des Konzepts – und der Praxis – der Öffnung gegenüber dem Osten veranschaulichen, wie es der ungarische Außenminister Péter Szijjártó oft gesagt hat. Drittens liegt es für mich auf der Hand, dass wir, wie Norwegen und die Schweiz und nun auch Großbritannien, parallel zum Austritt Verhandlungen mit der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten aufnehmen sollten. Mit anderen Worten, wir sollten einen separaten Vertrag nach dem Vorbild jener Länder abschließen, für die wir jetzt wirtschaftlich stark genug sind und nicht mehr ein verletzliches Land, das nicht auf eigenen Füßen stehen kann. Wir sind schon darüber hinaus. Was ist falsch daran, dass Norwegen nicht Mitglied der EU ist? Nichts. Mit anderen